

"Belgique" eine Meldung von einer Neuerorientierung Poincarés in der Kürzfrage, wonach die Freiheit der Ruhe gegen die Aufnahme einer internationalen Anleihe durch Deutschland, zur Bezahlung der französischen und belgischen Reparationsforderungen, möglich sei. Hoffnungen erweckt außerdem das Vertrauen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, in die Entwicklung seiner Goldnotenbank, die bereits vor ihrer endgültigen Konstituierung steht. Als Politiker trogen wie die Hoffnung, daß aus kleinen jüngstigen Ereignissen einmal Tatsachen erwachsen, die die bedrohten Mächte Europas zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen. Die Eröffnung trüber philosophischer Erörterungen darf die politische Tatkraft nicht lähmten, sondern muß sie doppelt und dreifach anspannen.

Die Laufbahn eines Ministerialdirektors

Die Tätigkeit der Reichskommissare in Weimar hat u. a. gezeigt, daß der schwere thüringische Ministeriatrat Frey und sich die Kosten für den Umgang seiner Frau von Königsberg bis nach Weimar von der Staatskasse hat bezahlen lassen. Dieser Herr Frey und wurde von Herrn Dr. Beigner für den sächsischen Staat "gewonnen" und zum Ministerialdirektor befördert. Frey und ist jetzt noch Leiter der 4. Abteilung im Ministerium des Innern, der das gesamte sächsische Wohlfahrtswesen untersteht. Herr Frey und kann nur im Zusammenhang mit Dr. Beigner genannt werden. Die Berufung gerade dieses Herrn ist ein typisches Beispiel für die Beamtenpolitik Dr. Beigners und das Regierungssystem überhaupt.

Auch die Thüringer Vorgänge ist das Augenmerk auf die Revolutionslaufbahn dieses Herrn Frey und gerichtet worden, die im Interesse der Sauberkeit der Verwaltung der Öffentlichkeit zu unterstreichen eine erste Pflicht ist. Wir möchten dabei betonen, daß es sich um eine authentische und auf amtlichen Quellen gehaltene Darstellung handelt. Herr Frey und soll das System in der Behandlungsfunktion beobachten haben und war, wahrscheinlich in der letzten Zeit des Krieges, als Hilfskazemat in Laboratorien und Lazaretten der britischen Truppe beschäftigt. Als die Weimarer auch in Brüssel ausbrach, beteiligte er sich sehr engagiert daran und wurde Soldatenrat. Von Brüssel kam er dann nach Würzburg. Dort arbeitete er sehr stark im Range der NSP und wurde dann wegen dieser Verdienste von der Unabhängigen Partei in Würzburg als Stadtrat nach Würzburg berufen, wo er bald darauf von den Unabhängigen wiederum zum Bürgermeister gewählt wurde. Hier in Würzburg begann er eine hochherausgehobene Wohnung und brachte es bald darauf zu einem großen öffentlichen Standort. Er nahm seine Freunde in sein Haus auf, obwohl er verheiratet war, und lebte in Gegenseitigkeit seiner Freunde mit dieser Verbindung sehr ungetrennt, daß es zu außerordentlich hohen Auftritten im Hause kam. Die Polizei mußte eingesetzt und die Arbeitskräfte des Ortes versammelten sich zu hunderten vor seiner Wohnung und forderten unter schweren Drohungen, die sich hier nicht gut übergeben ließen, eine Beendigung dieses öffentlichen Standorts. Die unabhängige Partei konnte deshalb Herrn Frey und nicht mehr halten und suchte ihn anderweitig unterzubringen. Als Herr Frey und nach Würzburg kam prangte an seinem Haus das rote Schild: "Dr. med. Frey und, jetzt für innere Krankheiten." Schon lange, ehe er wegging, war dieses Schild auf Besammlung der ärztlichen Standesvertretung in Würzburg verschwunden, da Herr Frey und ja nur das Schild in der Behandlungsfunktion gemacht, sich also einen falschen akademischen Titel beigelegt hatte. Also war Herr Frey und nach seiner erfolglosen Tätigkeit in Würzburg wohl qualifiziert, als Ministerialrat von der Thüringischen Regierung nach Weimar berufen zu werden, wo er ausgerechnet das Referat für die thüringische Polizei erhielt. Da man innerhalb der Würzburger Stadtvorwaltung ebenfalls herchauf, Antizipieren und Unzuverlässigkeit nachdrückt wird, was sein Bezeichnungsnachweis zweifelsfrei voll erbracht; zumal er schon 28 Lebensjahre zählte. In Weimar muß seine Tätigkeit ebenso hervorragend gewesen sein, wie in Würzburg, da er Herrn Ziegler so außerordentlich warm empfohlen wurde, daß dieser ihn für das glückliche Sachsen gewann. Hier wurde dann der bisherige Leiter der 4. Abteilung im Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. v. Pfleßl, wegen seiner "realitätskenntlichen Geistigkeit" abgeschafft und durch den gut qualifizierten und mit einschneidender Erfahrung begabten Herrn Frey und ersetzt. Obwohl gerade diese Abteilung, die die gesamte Wohlfahrtspflege umfaßt, eines Leiters bedarf, der abseits von dem politischen Streit des Tages steht, weil seine Fürsorge allen Kreisen des Polens unterstehen muss, so wirkt gerade sie mit einem irgendwie Politiker mit dem ausgeschriebenen Auftrag befreit, auch die Wohlfahrtspflege zu politisieren. Was Herr Frey und auf diesem Gebiete weitgehend Sachkenner, auch ausgezeichnete bezeugte. Aus Frankfurt a. Main holte er sich u. a. einen geringfügig verwandten Mitarbeiter und gewann so in Sachsen den berüchtigten Kommunisten Mühlé als persönlichen Adjutanten, den er auch zum Regierungsrat ernennen ließ. Herr Mühlé konnte aber sein Amt nicht antreten, weil zwischen Herrn Dr. Beigner auf den Seitenlinien der Reichswehr ein unlösliches Ende stand.

Als Leiter der 4. Abteilung hat er auch sofort einen Angriff auf die Bergordnung unternommen und den schweren Widerstand in den bergischen Standsorganisationen herausgefordert. Sohn man auch blidt hat dieser Mann Trümmer geschaffen. Das er hiernach als einer der ersten Mitarbeiter des Herrn Dr. Beigner, der persönlich noch ein größeres Tümmeljedil hinterlassen hat, besonders qualifiziert war, braucht nicht bewiesen werden. Es handelt sich, daß möchten wir außerordentlich bezeichnen, nicht um eine Angelegenheit, die wir am Tageslicht gezeigt haben, sondern alles das ist offenbar und ist von erhöhtem öffentlichen Interesse, um endlich die Augen der Öffentlichkeit auf ein System zu lenken, das dem deutschen Volk die schwersten Schäden zugefügt hat und wenn es nicht bald und gründlich geändert wird, weiterhin zulassen muss. Es handelt sich, daß möchten wir zum Schluss betonen, um Dinge, die jederzeit vor Gericht mit einwandfreiem Bezugsschein belegt werden können.

Macdonald und die Arbeitslosen

London, 31. Januar. Macdonald hat in Edinburgh gestern eine Abordnung von Arbeitslosen empfangen. Nach der "Daily Mail" erklärte der Premierminister, daß die Arbeitserziehung erst nach Regelung verschiedener finanzieller Fragen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen sollte. Die Arbeitslosen mägen daher zunächst Gebot laufen und abwarten, bis die einzelnen Staatsdepartement ihre Tätigkeit entfalten haben. Bei der Eröffnung des Parlaments am 12. Februar, so fügt Macdonald hinzu, würde er Angaben machen über die nachstehenden Fragen: 1. Anerkennung Sowjet-Russlands, 2. Friede, 3. Ausführung von Arbeitswohnungen, 4. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der sozialdemokratische Parteitag

wird gemäß Besluß des Partei-Ausschusses am 30. März in Berlin stattfinden. Den Bericht des Parteivorstandes wird der Parteivertretende Welt, den Bericht der Fraktion Hermann Müller erläutern. Über "Sozialdemokratie und Wohnen" wird Hüfferding sprechen, der einige Wochen Reichsfinanzminister war.

Der 9-Stundentag bei der Eisenbahn

Reichsvertretern des Reichsverkehrsministeriums und Gewerkschaftsvertretern fand gestern eine Aussprache über die Frage des Neunstundentages bei der Eisenbahn statt. Das Reichsverkehrsministerium erklärte sich bereit, für den Neunstundentag 8½ Stunden zu bezahlen. Die Gewerkschaftsvertreter forderten für die neunte Arbeitsstunde nicht nur den vollen Stundenlohn,

Der Inhalt der 3. Steuernotverordnung

Bestimmung des Reichskabinetts

Berlin, 31. Januar. Wie heute amtlich mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett am Dienstag den Entwurf der dritten Steuernotverordnung zugestimmt. Der Entwurf ist dem Reichsrat, dem zuständigen Reichstagsausschuß und dem Reichswirtschaftsrat zugegangen. Er regelt das Gebiet der Ausweitung privater Schulden und sucht eine Abhang, die mit den Wünschen weiter Kreise der Bevölkerung im Grundsatz übereinstimmt. Der Entschluß ist noch eingehender und wiedeholter Erwähnung von Gründen und Gegengründen geführt worden.

Für Vermögensanlagen, insbesondere für Hypotheken und andere dingliche Lasten, für Schulverschreibungen und andere Darlehensansprüche gegen private Schulden ist grundsätzlich eine Aufwertung auf 10 Prozent des Goldwertes der Forderung vorgesehen.

Besonders ungünstige Verhältnisse des Schuldners berechtigen ihn zu geringerer Aufwertung. Eine Sonderregelung ist für Pfandbriefe gegeben, die den Ausschluß der Spekulationswerber und die Begünstigung von Altkrediten, von Mündeln, gemeinnützigen Anstalten und Stiftungen, sowie ähnlichen, zu minderwürdigen Anlagen gezwungenen Gläubigern vorstellt. Für die Regelung von Ansprüchen aus Sparkassenguthaben und Lebensversicherungsvertretern gelten andere Besonderheiten, die eine allgemeine Verteilung der aufgewerteten Vermögensmasse sicherstellen. Der zugelassenen Aufwertung dient ein besonderes vereinfachtes Verfahren.

Öffentliche Anleihen ist bis zur Abdeckung aller Revolutionsverpflichtungen bei Ausverkauf auf Kapital und Blau aufzugeben. Ob überhaupt und wann, in welchem Umfang und zu welchem Zeitraum Binsen- und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden sollen, wird später durch besonderes Reichsgesetz geregelt.

Die Aufwertung gibt dem Gläubiger nur einen Teil des Geldwertunterschieds zwischen den alten Goldmarkforderung und deren Papierwert. Gründe der Geschäftlichkeit ebenso wie die des dringenden finanziellen Bedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden zwingen dazu, den verbleibenden Geldwertunterschied zu besteuern.

So werden Obligationsschuldner, die vor dem 31. Dezember 1923 ihre Obligationen getilgt haben, mit 12 Prozent des Goldwertes der Schuldbeschreibungen besteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Halbjahresräumen von je zwei Prozent zu zahlen. An diesem Zeitpunkt noch nicht getilgte Schuldbeschreibungen tragen zwei Prozent Steuer, weil hier die Aufwertung noch hinzutritt. Die

Besteuerung der Inflationsgewinne

aus Krediten, aus der Ausgabe von Notgeld und aus öffentlichen Büchsen zum Bau von Wohngebäuden, sowie schließlich des Geldwertunterschieds zwischen der alten Goldmarkforderung und deren Papierwert. Gründe der Geschäftlichkeit ebenso wie die des dringenden finanziellen Bedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden zwingen dazu, den verbleibenden Geldwertunterschied zu besteuern.

So werden Obligationsschuldner, die vor dem 31. Dezember 1923 ihre Obligationen getilgt haben, mit 12 Prozent des Goldwertes der Schuldbeschreibungen besteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Halbjahresräumen von je zwei Prozent zu zahlen. An diesem Zeitpunkt noch nicht getilgte Schuldbeschreibungen tragen zwei Prozent Steuer, weil hier die Aufwertung noch hinzutritt. Die

Steigerung der Mieten

gergesell. Diese Steuer sollte ebenso wie die von unbebautem Grundbesitz den Ländern vorbehalten bleiben. Ihnen wird auch sondern auch noch einen Überstundenzuschlag. Da eine Einstellung nicht zustande kommen konnte, wird jetzt wahrscheinlich die vom Reichsverkehrsministerium vorgeschlagene Rahmenregelung auf dem Verordnungswege durchgeführt werden.

Bermischtes

† Die Eröffnung des Berliner Schloßtage-Nennens. Dienstag abend 9 Uhr begann das 11. internationale Schloss-Mannschaftsrennen im Sportpalast, das bis zum 4. Februar abends 10 Uhr dauern wird. Am Start erschienen die in der Zusammenstellung bereits bekannten 14 Paare. Besonders lebhaft wurden von den zahlreichen erschienenen Publikum die amerikanischen Reiter begrüßt. Bei sammeltem Tempo verging die erste Stunde, in der Hufeile zu meiste an der Spie. Um 10 Uhr erfolgte die erste Wertung, die folgende Ergebnisse: Lorenz-Saldou 12 Punkte, Bauer-Krupp 11 Punkte, Hirsch-Kohl 8 Punkte, Schrage-Göde 5 Punkte, Stöbe-Schreßel 4 Punkte, Kaiser-Taylor 3 Punkte, Müllner-Nordenberg 2 Punkte.

† Englisches Fliegerbombardement auf arabische Dörfer. Wie die Daily Mail aus Bagdad erfährt, hat der britische Oberkommandeur einem britischen Flugzeuggeschader Befehl gegeben, arabische Dörfer zu bombardieren. Es handelt sich um die Bestrafung von widerstandsfähigen Scheids. Während 24 Stunden waren die englischen Flugzeuge Bombe ab, worauf die Scheids ihrem Wunsck abdrückt, sich den Befehlen der englischen Behörden unterwerfen zu wollen.

Die Reichsindeksziffer am 28. Januar

Die Reichsindeksziffer für die Lebenshaltungskosten (Familien, Wohnung, Beleuchtung, Beleuchtung und Beleuchtung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 28. Januar, auf das 1,08billionsfache der Vorwiegend. Gegenüber der Vorwoche (1,08 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,0 %, d. zu verzeichnen.



Den Rodlerfreut nach Eis u. Schnee!
Stets aus, Quieta ein Kaffee!

— Quieta —

Köstliche Mischungen mit Bohnenkaffee.

615

die Besteuerung der Geldwertunterschiede zuweisen, die bei Holzverläufen aus Kosten öffentlicher Körperhaften entstanden sind. Neben diesen neuen Steuern, die die finanzielle Selbstständigkeit der Länder und Gemeinden stärken, werden den Ländern durch neue Verteilung bestehender Steuerquellen die erforderlichen Mittel zur Deckung ihrer dringendsten Haushaltbedürfnisse zur Verfügung gestellt, insbesondere zur selbständigen Aufbringung der Belastungen.

Um die aus dem Aufwertungsverfahren sich ergebenden Bewertungsschwierigkeiten für die Steuern der nächsten Zeit auszuholen, ist besondere Bestimmung über ihre Bewertung in der Steuerbilanz getroffen. Weiter bringt die Verordnung Vereinfachungen und Verbesserungen des Besteuerungsverfahrens und des Steuerstrafverfahrens. Den Gemeinden ist auf den Gang des Verfahrens weitgehender Einfluß gewahrt worden.

Neuer Vorstoß gegen den Ausnahmezustand

Die Sozialdemokraten haben erneut einen Schritt bei der Reichsregierung bezüglich der Aufhebung des Ausnahmezustandes unternommen. Der dieser Tage in Berlin verabschiedete Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat einen formellen Entschluß gefaßt, in welchem zum Ausdruck gebracht wird, daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Verstoß gegen Sinn und Wollen der Verfassung" darstelle. Demgemäß gibt der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Koch, sich "gegen den Mißbrauch des Ernährungsschutzes zur Verschlechterung unserer Strafprozeß" gewandt. Zugleich ist durch die demokratische Reichstagsfraktion folgender Antrag unterbreitet:

Die Reichsregierung zu ersuchen, darauf zu halten, daß in Zukunft eine auch nur vorübergehende Verminderung wesentlicher Rechtsvoranträge vermieden, und die jetzt angeordnete Schwächung der Beweisaufnahme in Strafsachen möglichst bald wieder befehligt wird.

Das Schicksal unserer Reichsbahnen

Zimmer mehr scheint sich dasstreben auf der Gegenseite herauszuwinden, die im befreiten Gebiet liegenden Vermögens- und Besitztitel der deutschen Reichsbahnen zu Gunsten der sogenannten "Blaudepolitik" nutzbar zu machen. Der erste Schritt, der nun in Berlin zusammengetreten ist, hat einen Vorschlag ausgearbeitet, wonach ein deutscher Eisenbahn-Konzern gebildet werden soll, der nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen gebildet und verwaltet werden und an dem auch das ausländische Kapital sich beteiligen soll. Danach besteht die Gefahr, daß die Einheit der Reichsbahnen-Bewaltung, die ja ohnehin durch die Verhältnisse im befreiten Gebiet unterbrochen ist, auch formal angesetzt wird. Wie aber unsere Wirtschaft nur als Ganzes etwas leisten kann, so auch die Eisenbahn. Die Reichsregierung beabsichtigt übrigens, durch Novellierung die Reichsbahn vom Staat zu lösen.

Berliner Devisenkurse vom 31. Januar (Amtlich) mitgeteilt von der Commerz- und Industrialbank, A.-G., Dresden

Nominierungen in Millionen der Einheit der Währung.

		31. 1.	
%	Preis	%	Preis
Amsterdam	15 150075	157025	15 1561086
Brüssel	175688	175632	175688
Copenhagen	666577	67147	670670
Dortmund	676500	681700	681700
Dresden	1109543	1105767	1100043
Han	103461	102959	102441
Hamburg	17866000	1804900	17865740
Hannover	4108900	4210600	4108600
Hann	194257	193217	192787
Hann	778180	779670	778187
Hann	630070	629580	629330
Hann	60301	60349	60301
Hann	120597	121303	121196
Hannover	144,388	146,122	144,388
			146,122

1 Goldmark = 1 Billion

Berliner Börse

	31. 1.	30. 1.
Altona	49	49,2
Berndorf	—	23,5
Chemie-Akkord	9,2	8,8
Chemie-Döbel	10,8	10,5
Ch. Meistermühle	21,6	22,39
Eduard-Bornmeier	79	71
Eduard-Bornmeier	13,875	14
Friedrich-Werke	20,1	